

Kleine Anfrage

Situation psychische Erkrankungen in Liechtenstein

Frage von Landtagsabgeordneter Georg Kaufmann

Antwort von Regierungsrat Mauro Pedrazzini

Frage vom 28. Februar 2018

Anlässlich eines Informationsabends an der Privaten Universität in Liechtenstein stellte der Verband Liechtensteinischer Psychologen unter anderem auch die Situation psychischer Erkrankungen dar. Obwohl vieles dafür spreche, könne eine Zunahme von psychischen Erkrankungen in Liechtenstein statistisch nicht nachgewiesen werden. Ich bitte die Regierung, zu diesem Thema meine folgenden Fragen zu beantworten.

- * Wie ist die Datenlage in Bezug auf psychische Erkrankungen in Liechtenstein?
- * Kann anhand dieser Daten eruiert werden, welche psychischen Krankheitsbilder stabil bleiben, welche zunehmen oder welche allenfalls auch abnehmen?
- * Falls es wegen zu kleiner Mengen kein brauchbares Datenmaterial für psychische Erkrankungen gibt: Welches Referenzkollektiv würde Sinn machen, um es in Liechtenstein anzuwenden?
- * Sind neben den bestehenden medizinischen und psychotherapeutischen Angeboten weitere neue Angebote angedacht oder geplant? Falls ja, welche?

Antwort vom 02. März 2018

Frage 1:

Daten über konkrete psychische Krankheitsbilder werden von den Behörden nicht systematisch erfasst und ausgewertet. Das Amt für Gesundheit führt kein spezielles Register zum Auftreten von psychischen Krankheiten.

Eine detaillierte Untersuchung des Gesundheitszustands der liechtensteinischen Bevölkerung findet sich in der liechtensteinischen Gesundheitsbefragung. Die Auswertung ist auf der Website des Amtes für Statistik zu beziehen. Grundlage ist die Schweizerische Gesundheitsbefragung, welche vom Bundesamt für Statistik regelmässig alle fünf Jahre durchgeführt wird. Liechtenstein hat im Jahr 2017 zum zweiten Mal daran teilgenommen. Die Auswertung wird im Jahr 2019 vorliegen. Es finden sich dort unter anderem Aussagen zur psychischen Gesundheit.

Als Indikatoren über die Inanspruchnahme medizinischer Behandlungen von psychischen Erkrankungen können Umsatzzahlen, Fallzahlen oder Pflegetage der spezialisierten Institutionen herangezogen werden. Die Krankenkassenstatistik liefert Kennzahlen über Arztleistungen nach Fachgruppen. Im Bereich Psychiatrie und Psychotherapie wurden demnach im Jahr 2016 CHF 3.6 Mio. von insgesamt 85 Leistungserbringern im In- und Ausland abgerechnet, davon CHF 2.6 Mio. für Behandlungen und rund CHF 1.0 Mio. für Medikamente. 2015 betrug das Total CHF 3.5 Mio. und 2014 CHF 3.9 Mio. Liechtenstein verfügt darüber hinaus über das Angebot der nichtärztlichen Psychotherapeuten. Diese haben über die obligatorische Krankenpflegeversicherung weitere rund CHF 2.5 Mio. im Jahr abgerechnet. An psychiatrische Kliniken flossen im Jahr 2016 CHF 8.2 Mio., im Jahr 2015 CHF 6.7 Mio. und 2014 CHF 7.3 Mio. aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Die Gesamtausgaben der obligatorischen Krankenpflegeversicherung an die genannten drei Gruppen von Leistungserbringern betrugen im Jahr 2016 CHF 14.4 Mio.

Diese Daten sind nicht vollständig, da weniger schwere psychische Erkrankungen auch von Hausärzten oder Spitälern der Grundversorgung behandelt werden.

Ausserdem werden in der Krankenkassenstatistik regelmässig die stationären Krankheitsfälle pro 1'000 Einwohner nach einer international üblichen Diagnoseklassifikation im Ländervergleich ausgewiesen. 2015 wurden für Liechtenstein 11.0 stationäre Krankheitsfälle pro 1'000 Einwohner aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen verzeichnet. In der Schweiz lag dieser Wert bei 11.7, in Österreich bei 12.7.

Frage 2:

Aussagen über den Verlauf konkreter Krankheitsbilder lassen die erwähnten Daten nicht zu.

Frage 3:

Als Referenzkollektiv würde sich die Schweiz anbieten. Die erwähnte Gesundheitsbefragung wird in gleicher Weise in der Schweiz durchgeführt, somit ist ein Vergleich mit einem geeigneten Referenzkollektiv vorhanden. Ebenso können im Bereich der erwähnten Daten zur Inanspruchnahme von Behandlungen psychischer Erkrankungen Vergleiche mit der Schweiz angestellt werden.

Frage 4:

Diesbezüglich ist auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Johannes Kaiser mit dem Titel „Zuspitzung des Fachkräfte-Mangels in der psychiatrischen Grundversorgung in Liechtenstein“ zu verweisen.